**10. Österreichische Armutskonferenz vom 24.02. – 25.02.2015**

Roland Saurer, Sprecher der Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg, wurde durch das Sozialministerium Baden-Württemberg darauf aufmerksam gemacht dass vom 24.02. bis 25.02.2015 die 10. Österreichische Armutskonferenz in Salzburg stattfindet. Er informierte die Delegierten darüber und wollte wissen ob Interesse daran besteht. Corinna erklärte sich bereit zusammen mit ihm dort hin zu fahren. Das Motto dieser 2tägigen Konferenz, zu der sich ca. 300 Personen anmeldeten, lautete:

**„Rückschritt, Fortschritt, Wechselschritt?** 20 Jahre Armutspolitik und Politik gegen Armut“

Zu dieser Tagung fanden am 23.02. zwei jeweils dreistündige Vorkonferenzen mit ca. 30 Personen statt in denen in verschiedenen Workshops zu den Themen Gesundheit, Bildung, Gemeinwesen, Parteilichkeit der sozialen Arbeit, Mindestsicherung, Fürsorge für arme Kinder, Privatinsolvenz und Partizipation von den Betroffenen Überlegungen angestellt worden.

Viele haben sich in den letzten 20 Jahren an Maßnahmen und Strategieentwicklung und an gemeinsame Aktivitäten zur Vermeidung und Bekämpfung von Armut beteiligt. Die Armutskonferenz fragt nach, was aus den Anliegen und Lösungsansätzen der oben genannten Themen in den letzten Jahren geworden ist.

Gleichzeitig wird die Zukunft der nächsten Jahre beleuchtet. Es gesellen sich viele neue Herausforderungen und Konzepte hinzu, aber auch Gefahren und Erkenntnisse, die es zu diskutieren gilt. Was machen wir mit der Krise, der Umwelt, dem Grundeinkommen? Wie gehen wir mit den Sozialmärkten und Tafeln, den prekären Selbstständigen, den Milliarden um? Wer ist der „starke Mann“ im Staat, wie können wir uns vernetzen und innovativ gemeinsam arbeiten?

Roland und Corinna konnten sich teilweise ein Bild von den einzelnen Workshops machen in dem sie mit den Betroffenen vor Ort sprachen und ihre eigenen Erkenntnisse versuchten mit einzubringen und verglichen diese miteinander

Zum Thema Mindestsicherung kann Corinna folgendes sagen: Die Mindestsicherung in Österreich ist vergleichbar mit unserer früheren Arbeitslosenhilfe. Ein einzelner Betroffener bekommt vom Staat 1 Jahr lang ca. 800 Euro, ein Paar ca. 1100 Euro; danach fällt er in die Sozialhilfe. Davon muss der Betroffene alle Ausgaben selbst bestreiten wobei die Miete zwischen 400,-- und 500,-- Euro beträgt. Der Rest bleibt zum Leben übrig. Sollte die Heizung nicht bezahlt werden können bekommt man monatlich max. 100 Euro dazu, aber nur auf Antrag. Das Gleiche gilt für erhöhte Kinderbeihilfe im Falle von Behinderungen. Diese Kinderbeihilfe können auch Erwachsene beantragen. Das Schonvermögen beträgt ca. 4100 Euro

Kranksein im Regelfall kann man sich nicht erlauben, weil die Krankenkassen nur die Grundsicherung abdecken. Die meisten Behandlungen werden von Ärzten und Kliniken privat abgerechnet. Psychische Krankheiten und Burnout nehmen in Österreich immer mehr zu, weil der Leistungsdruck sowohl privat als auch beruflich immer stärker wird und werden generell privat abgerechnet. Da kann pro Sitzung schnell mal 80 – 100 Euro abgerechnet werden.

Hausärzte und Kliniken übernehmen ungern von Armut betroffene Personen. Sie werden ausgegrenzt in dem man sie auf Wartelisten setzt, stigmatisiert, respektlos behandelt. Es gibt kaum eine Barrierefreiheit und unverständliche Befunde bzw. Diagnosen.

In den Kliniken werden Patienten kaum über anstehende Behandlungen aufgeklärt, anstehende OP’s werden auf den St. Nimmerleinstag hinausgeschoben. Ebenso werden der Zugang zu Therapien und andere notwendige Behandlungen verwehrt oder nur kurzfristig finanziert. Es besteht kein Rechtsanspruch auf Rehabilitation und ist nur schwer zu bekommen. Es gibt zu wenig Therapieplätze die die Kasse bezahlen.

Ist ein Betroffener so krank dass er Rente beantragen muss so muss der Arzt ihm dies diagnostizieren sonst geht überhaupt nichts. Dies ist sehr belastend, der Versicherungsträger berücksichtigt die Befunde überhaupt nicht. Es gibt auch keine Invaliditätsrente, sondern nur eine auf maximal 2 Jahre befristete Übergangszahlung, in der der Betroffene versuchen muss seiner bisherigen Arbeit nachzugehen. Die Lage dieser Betroffenen ist überspitzt gesagt so prekär, dass er im Grunde genommen seinen Todeszeitpunkt wissen muss, vorher noch zum medizinischen Dienst geht um von der Kasse den positiven Rentenbescheid zu bekommen.

Die zweite Vor-Konferenz die am 23.02. in den Abendstunden stattfand und Corinna teilnahm, war das Thema Frauenarmut. Auch hier sind die Probleme massiv und ähneln diesen in Deutschland. Die Arbeitsgruppe „Frauen und Armut“ hat sich dieser Problematik angenommen und eine Broschüre herausgegeben. (Märchen und Wahrheit über Frauenarmut). Daraus möchte ich einige Dinge zitieren.

Österreich gehört zu den zehn reichsten Ländern der Erde. Dennoch haben viele Frauen sehr wenig Geld. 229.000 Frauen leben in Österreich in akuter Armut, 565.000 sind armutsgefährdet. Das Armutsrisiko ist nicht für alle Frauen gleich groß. Alleinerziehende und Migrantinnen sind stärker von Armut bedroht und wird europaweit am Einkommen gemessen. Wer allein lebt und weniger als 60 % des Durchschnittseinkommens hat, das waren im Jahr 2010 951 €, gilt als arm.

Frauen verdienen im Durchschnitt rund 41 % weniger als Männer. Erwerbstätigkeit von Frauen wird auch in Österreich oft nur als Zuverdienst betrachtet, daraus entstehen große Einkommensnachteile. 80 % der Pflege von Angehörigen wird von Frauen geleistet. Das Kinderbetreuungsgeld wir d zu 95 % von Frauen beansprucht. (Wir kennen diesen Begriff unter Betreuungsgeld)

11 % der Frauen arbeiten Vollzeit, haben aber trotzdem ein Einkommen unter der Armutsgrenze. Auf der Haushaltsebene berechnet, sind etwa 45.000 ganzjährig beschäftigte Frauen arm trotz Arbeit. Das ist eine größere Gruppe als die 39.000 armutsgefährdeten erwerbslosen Frauen.

Migrantinnen sind häufiger von Erwerbslosigkeit betroffen. Dürfen sie nicht legal arbeiten, versuchen sie in nicht abgesicherten Arbeitsverhältnissen ihren Lebensunterhalt zu sichern. Ohne ausreichendes Einkommen gibt es keine Niederlassungsbewilligung und sind beim Zugang von Sozialleistungen benachteiligt.

Es fehlt an qualitätsvollen und erschwinglichen Kinderbetreuungseinrichtungen und an einer umfassenden Unterstützung beim Wiedereinstieg. So gibt es nicht einmal in der Hälfte aller Kindergärten ein Mittagessen, nur eines von sechs Kindern unter 3 Jahren hat einen Betreuungsplatz.

Jede 6. Alleinerziehende erhält keinen Kindesunterhalt und keinen Unterhaltsvorschuss, wenn feststeht, dass der Vater zahlungsunfähig ist. Besonders schwierig ist die Einforderung des Unterhalts, wenn der Vater im Ausland lebt. Gar nichts gibt es für Kinder, deren Vater jung starb und keinen eigenen Pensionsanspruch erworben hat. Sie bekommen keine Halbwaisenpension.

13 % der Frauen ab 60 Jahren haben weder eine eigene noch eine Witwenrente. Die mittlere Eigenrente lag 2008 bei 772 € monatlich und erreicht damit weniger als die Hälfte der mittleren Männerrente.

Sehr viele Frauen sind „versteckt obdachlos“ weil sie mit einem gewalttätigen Partner zusammenleben oder mit ihm verheiratet sind. Sie trennen sich nicht wegen vielfältiger Gründe (Verlust des Arbeitsplatzes, Angst finanziell nicht zurecht zu kommen, Wohnungsverlust). Trennen sie sich doch und werden tatsächlich obdachlos werden sie in städtische Wohnungen verfrachtet die heruntergekommen, verschimmelt oder sanierungsbedürftig sind. Beschweren sie sich beim Vermieter bzw. bei der Stadt oder Gemeinde wiegeln diese Stellen ab und verlangen vom Mieter die Wiederherstellung bzw. Renovierung der Wohnung auf eigene Kosten.

Auch beim Workshop „Tafeln und Sozialmärkte“ hat Corinna am 25.02. teilgenommen. Als Referent wurde von der Armutskonferenz Professor Stephan Selge eingeladen der die Problematik der Tafeln in Deutschland aufzeigte.

Tafeln sind seiner Meinung nach moralische Unternehmen, welche Lebensmittel retten um sie an Menschen die von Armut betroffen sind weiterzugeben. Die Tafeln sind ein Teil der Wertschöpfung in der Armutsökonomie. Die Wertschöpfungskette beinhaltet Entgrenzung, Rationalisierung, Kommodifizierung und Symbolisierung.

Entgrenzung bedeutet Veränderungen der Sozialsysteme, Deformation von Bürgerrechten und Bürgerpflichten. Die Prekarisierung wird politisch bewusst gesteuert

In den Tafeln engagieren sich sehr viele Menschen die freiwillig arbeiten um zu helfen. Dies nutzen die Betreiber bzw. der deutsche Staat aus um das Marktverhalten der „Käufer“ zu studieren mit der Absicht die Tafeln durchgängig zu etablieren.

Das Thema Armut wird als fiktive Ware behandelt in der die Unternehmen moralisch verpflichtet sind diesen Menschen zu helfen.

Viele Tafeln haben Monopolverträge mit Discountern oder anderen Anbietern, denn schließlich soll die Armut nicht aussterben. Es wird zwar mit der Abgabe von Lebensmitteln kein großes Geld verdient, aber durch die Sanktionspolitik der Bundesagentur für Arbeit sind sehr viele auf die Tafeln angewiesen. Aus diesem Grund produziert die Nahrungsmittelindustrie ihre Waren ganz bewusst im Überfluss um einen Teil an die Tafeln abzugeben. Auf diese Weise können die Unternehmen Steuer sparen. Gleichzeitig wird mit dem Leid der Betroffenen ein Armutshandel betrieben und speziell für Arme Produkte hergestellt und Dienstleistungen angeboten.

In Österreich gibt es ein Pendant zu den Tafeln. Dort heißen sie Sozialmärkte. Am Beispiel Wien soll diese Problematik etwas veranschaulicht werden.

Die Sozialmärkte sind überwiegend „privatisiert“, das heißt sie werden von privaten Initiativen ehrenamtlich betrieben. Es gibt aber mehrere Anbieter und die Kunden müssen sich für jeden Anbieter eine eigene Berechtigungskarte bei ihrem jeweiligen Arbeitsamt anfordern. Diese Karten sind vom Zeitraum unterschiedlich gültig. Hinzu kommt dass nicht jeder Soma unterschiedliche Waren anbieten: In dem einen bekommt man nur Grundnahrungsmittel, im anderen nur Gemüse und Fleisch sodass man in verschiedene Läden gehen muss um alles zu bekommen. Dies ist relativ zeitaufwendig, weil die Somas nur maximal 5 Std offen haben.

Der einzige Sozialmarkt der zwar privat betrieben wird, aber an 100 verschiedene soziale Einrichtungen Lebensmittel liefert ist in Wien. Hier werden von rund 450 ehrenamtlichen Helfern täglich 4,5 Tonnen an 16.000 Kunden Waren umgeschlagen. Diese Einrichtung wird von einem Gremium mit einem hauptamtlichen Vorstand geleitet der darauf achtet dass die Waren an die richtigen Stellen geliefert werden.